

Herrn Abgeordneten
Numerius Negidius
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Velten, am 16. November 2020

Betrifft: Infektionsschutzgesetz

Sehr geehrter Herr Negidius,

ich lebe, genau wie Sie, mit meiner Familie und meinen Freunden in diesem Land und berufe mich auf die freiheitlich demokratische Grundordnung. Ich schreibe in meinem Namen und in dem meiner Familie. Als unsern Vertreter fordern wir Sie auf, alle Stimmen gewissenhaft zu hören und nach Motivation, Ehrlichkeit und Rechtschaffenheit zu hinterfragen. Wir können es uns nicht erklären, daß der Entwurf für das 3. Infektionsschutzgesetz (Entwurf vom 29. Oktober 2020 / Drucksache 645/20 und der darauffolgende Gesetzentwurf vom 03.11.2020 / Drucksache 19/23944) nun zur Lesung eingereicht wird und dann über diesen Entwurf im Eilverfahren beraten und abgestimmt werden soll.

Allein schon die 2. Novelle des IfSG, insbesondere § 5, ermächtigt das BMG vollumfänglich, Grundrechte einschränken und sich über das Grundgesetz stellen zu können. Diese Novelle wurde ebenfalls auf Grund der Dynamik der erklärten pandemischen Lage zu schnell und auch im Eilverfahren beschlossen. In den letzten Monaten ist aber gerade unter dem IfSG eine Vielzahl an Maßnahmen zu schnell, nicht wirklich durchdacht und ohne umfassende gesellschaftliche Diskussion beschlossen worden, welche die Grundrechte massiv eingeschränkt oder gar ganz außer Kraft gesetzt haben. So wurden faktisch Versammlungsfreiheit, Berufsfreiheit, freie Meinungsäußerung, Freiheit der Religionsausübung und vieles mehr stark eingeschränkt oder ganz unterbunden, was die Exekutive mit Strafandrohungen und rigorosen, unverhältnismäßigen Maßnahmen umgesetzt hat.

Die Stimmen der warnenden Verfassungsrechtler beunruhigen uns zutiefst, und wir sehen nun die große Gefahr, daß die Legislative nicht „im Namen des Volkes“ entscheidet und das Vorgehen hinsichtlich einer „epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ auf rechtsstaatlichen Boden zurückführt, sondern ganz im Gegenteil sogar Gefahr läuft, unverhältnismäßige, eher angstgetriebene und somit nicht ausreichend abgewogene Maßnahmen gesetzlich zu verankern und damit der Judikative Handlungsspielräume zu nehmen, anstatt ihr ihre Rolle als Regulativ zu lassen.

Diese Änderungen, welche im Eilverfahren legitimiert werden sollen, sind bzgl. der Aussage „im Namen des Volkes“ aus unserer Sicht nochmals umfassend zu prüfen; dies begründen wir mit folgenden fünf Punkten, und das Schreiben nicht zu umfangreich werden zu lassen:

1. Die Änderung vom Wort „schwerwiegend“ in „bedrohlich“. Eine kleine Änderung mit enormer Wirkung. – Warum? – Wie Sie wissen, sind bei der WHO 2009 die Vorgaben zum Ausrufen einer Pandemie ohne große öffentliche Aufmerksamkeit geändert worden. Das Ergebnis: Es wäre nun möglich, eine „Schnupfenpandemie“ auszurufen. Das diese „Schnupfenpandemie“ „bedrohlich“ für die Bundesrepublik Deutschland sein könnte, könnte leicht dargestellt werden, und damit

wäre dann auch die Ausrufung einer „epidemischen Notlage nationaler Tragweite“ zu leicht und schnell zu rechtfertigen.

2. Ermächtigung des BMG ohne Zustimmung des Bundesrates: An verschiedenen Stellen wird eine Möglichkeit geschaffen, die parlamentarische Kontrolle und damit die Gewaltenteilung aufzuheben. Verfassungsrechtler mahnen und warnen uns lautstark. Unter keinen Umständen darf ein Minister in die Lage versetzt werden, eigenmächtig und im Alleingang schwerwiegende Einschränkungen der grundgesetzlich gesicherten Ordnung zu dekretieren. Das Grundgesetz wurde beschlossen und verabschiedet, um genau solch ein Vorgehen nie wieder zuzulassen.
3. Die Vorstellung, daß Zahnärzte und Veterinäre humandiagnostische Untersuchungen durchführen können, entbehrt jeglichen Sinns und ist abzulehnen.
4. Einreisebedingungen und Immunitätsdokumentation und dadurch indirekte Impfverpflichtung: Auch hier wird massiv in die Grundrechte eingegriffen. Mit den vorgeschlagenen Änderungen wird der Immunitätsausweis in elektronischer Form verpflichtend. Wurde in Gänze durchdacht, was das bzgl. möglichen Mißbrauchs solcher Instrumente bedeuten könnte? Wie wäre ein Schutz vor unlauterem Umgang mit einem derartigen Instrument noch möglich? Sind Sie wirklich sicher, daß alle „Schlupflöcher“ einer anderen Verwendung als derjenigen zum Schutz des Menschen ausgeschlossen wurden? Wie ist es überhaupt mit dem Freiheitsgedanken des Grundgesetzes vereinbar, den Bürgern unseres Landes damit jede Eigenverantwortung zu nehmen?
5. Der neue § 28a entbehrt jeglicher Verhältnismäßigkeit. Er basiert auf einer festen Vorgabe einer sogenannten „Inzidenz“ von 50 oder 35 Neuinfektionen je 100.000 Einwohner. Zum Vergleich: Eine sogenannte „seltene Krankheit“ ist dadurch definiert, daß statistisch nicht mehr als 5 Fälle auf 10.000 Menschen auftreten, das heißt: nicht mehr als 50 Fälle auf 100.000 Einwohner. Wie kann es dann sein, daß massive Grundrechtseinschränkungen aufgrund einer *per definitionem* „seltenen Krankheit“ gesetzlich festgeschrieben werden sollen? Wie kann das grundgesetzkonform sein? – Hinzu kommt, daß bisherige Erkenntnisse über Infektionswege und Mechanismen keine erkennbare Berücksichtigung gefunden haben. Wie können Sie aufgrund der vorliegenden Datenlage über derart tiefgreifende Grundrechtseinschränkungen entscheiden? Waren die geladenen „Experten“ unabhängig? Waren Vertreter unterschiedlicher wissenschaftlicher Positionen und Meinungen geladen? Haben Sie und Ihre Kollegen sich ein umfassendes Bild über den Stand der wissenschaftlichen Diskussion machen können?

Sehr geehrter Herr Negidius, Sie vertreten mich und meine Familie im deutschen Bundestag. Wir sind denkende und sittlich gefestigte Menschen, die ihr Leben bisher eigenverantwortlich und mit steter Rücksicht auf unsere Mitmenschen gelebt haben und weiterhin leben wollen. Der Oberhavelkreis hat Sie gewählt, weil Sie – davon gehen wir aus – sich nach freiem Willen und Gewissen entschieden haben, „Ihre Kraft dem Wohle des deutschen Volkes zu widmen, seinen Nutzen zu mehren, Schaden von ihm zu wenden, das Grundgesetz zu wahren und zu verteidigen, Ihre Pflichten gewissenhaft zu erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann zu üben“. Sind Sie dazu bereit, „so wahr Ihnen Gott helfe“?

Sind Sie sicher, daß das, was Sie nun im Eilverfahren entscheiden sollen, dieser elementar wichtigen Formel entspricht? Haben Sie alles so geprüft, daß Sie persönlich sicher sind, alles Notwendige unternommen zu haben, um sich ein eigenes, unabhängiges und gerechtes Urteil bilden und dementsprechend Ihre Stimme abgeben zu können? – Wenn Ihnen irgend Zweifel bleiben, folgen Sie Ihrem Gewissen und stimmen Sie, bitte, dagegen. Jeder Zweifel kann nur dazu führen, die Zustimmung zu diesem Gesetzesentwurf zu verweigern. – Herzlichen Dank!

Mit freundlichem Gruß

Aulus Agerius